

Tausende Frauen gehen in Zürich auf die Strasse

Vornehmlich linke Kreise erinnern an die Frauenstreiks vom 14. Juni 1991 und 2019 – öffentlicher Verkehr teilweise eingeschränkt

LENA SCHENKEL

30 Jahre ist es her, dass Hunderttausende von Frauen landesweit streikten und auf die Strasse gingen. Sie forderten eine Umsetzung des seit 1981 in der Verfassung stehenden Gleichstellungsartikels. Weil viele Frauen die Forderung trotz dem 1996 eingeführten Gleichstellungsgesetz noch immer nicht als vollständig erfüllt ansahen, erlebte der Streik vor zwei Jahren eine Neuauflage mit gut einer halben Million Teilnehmerinnen.

Auch in diesem Jahr ist der 14. Juni begangen worden. Linke Kreise und Gewerkschaften hatten zu Aktionen und Kundgebungen aufgerufen. «Heraus zum 14. Juni», proklamierten sie analog zum Tag der Arbeit, aus dessen Anlass es jeweils «heraus zum 1. Mai» heisst. Sie forderten in erster Linie mehr Respekt sowie bessere Löhne und Renten für Frauen. Die diesjährige Ausgabe stand zudem im Zeichen des 50-jährigen Bestehens des eidgenössischen Frauenstimmrechts.

Party auf dem Helvetiaplatz

Ab 18 Uhr fanden am Montag in mehreren Städten Demonstrationen statt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund sprach von rund 100 000 Frauen und Männern, die landesweit auf die Strasse gegangen seien. In Zürich marschierten mehrere Tausend Personen vom Limmatquai über die Rudolf-Brunn-Brücke, den Paradeplatz und die Langstrasse zum Helvetiaplatz, den sie laut Stadtpolizei gegen 20 Uhr 30 erreichten. Dort fanden dann die Abschlusskundgebung und eine riesige Party statt.

Wie die Zürcher Verkehrsbehörde mitteilten, wurden verschiedene Tram- und Buslinien umgeleitet oder verkehrten nur auf Teilstrecken. Den Fahrgästen wurde empfohlen, nach Möglichkeit die S-Bahn zu benutzen. Die



Die Teilnehmerinnen der Kundgebung in Zürich forderten unter anderem höhere Löhne und Renten für Frauen. WALTER BIERI / KEYSTONE

Einschränkungen dauerten bis in den späteren Abend.

Diese Kundgebung war bewilligt – anders als bei der letzjährigen Ausgabe, als mehrere hundert Frauen unbewilligtweise vom Limmatplatz zum Helvetiaplatz gezogen waren. Seitdem der Zürcher Regierungsrat die kantonalen Covid-19-Massnahmen per 1. Juni aufgehoben hat, ist die Personenzahl bei politischen Kundgebungen unbeschränkt. Es gilt aber eine Maskenregelung.

Auch in Winterthur fand eine bewilligte Demonstration statt. Gegen 20 Uhr war der Umzug beendet, wie die Stadtpolizei Winterthur per Twitter mitteilte. Die Teilnehmenden seien «super drauf» gewesen.

Violettes Brunnenwasser

Bereits in der Nacht auf Montag hatten Aktivistinnen in mehreren Schweizer Städten das Wasser von Brunnen

lila gefärbt, wie verschiedene Medien berichteten. Auch dasjenige des Zierbrunnens am Hallwylplatz im Stadtzürcher Kreis 4 wurde mit Lebensmittelfarbe eingefärbt. Um Mitternacht zogen sie zudem mit Autos, Velos und Skateboards als «feministischer Korsos» die Langstrasse entlang.

Neben zahlreichen weiteren dezentralen Aktionen in der ganzen Schweiz wurden zentrale Tagesprogrammpunkte definiert: Um 11 Uhr fand eine soge-

nannte «Care-Pause» statt, in der Frauen am Arbeitsplatz, an der Ausbildungsstätte oder auf der Strasse eine verlängerte Pause einlegen sollten, um auf die unbezahlte Arbeit hinzuweisen, die in der Schweiz zu rund zwei Dritteln von Frauen geleistet wird.

Um 15 Uhr 19 machten Frauen vielerorts gemeinsam Lärm, da sie laut den Gewerkschaften aufgrund der Lohndifferenz zu den Männern ab dieser Uhrzeit «gratis» arbeiten. So auch am Helvetiaplatz, wo Aktivistinnen ihren Unmut darüber mit Trillerpfeifen und Trommeln kundtaten.

Es bleibt viel zu tun

In den Zürcher Parlamenten war der Frauenstreittag ebenfalls ein Thema. Im Gemeinderat verlasen vergangenen Mittwoch vier Vertreterinnen der IG Frauen Gemeinderat – Parlamentarierinnen der SP, EVP, SVP und GLP – eine gemeinsame Erklärung und erinnerten daran, dass die Forderungen der Frauen auch 2021 noch nicht erfüllt seien. Die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern sei seit 1996 gestiegen, Frauen werde durch fehlende Strukturen bei der Kinderbetreuung das Arbeiten in höheren Pensen erschwert, und sie erhielten im Schnitt rund ein Drittel weniger Rente als Männer. Es gebe also unverändert viel zu tun.

Im Kantonsrat äusserten sich am Montag SP, Grüne und AL in einer gemeinsamen Fraktionserklärung zum Frauenstreittag. Wie schon im Stadtparlament wurde auf das hingewiesen, was die Corona-Pandemie gezeigt habe: Viele Frauen arbeiteten in systemrelevanten Berufen wie der Pflege, der Kinderbetreuung oder im Verkauf, ohne angemessen dafür entlohnt zu werden. Die drei Parteien fordern vor allem, die so genannte Care-Arbeit bei den Sozialversicherungen zu berücksichtigen, um der Altersarmut von Frauen vorzubeugen.

Zürcher Parlament deckelt Ärzten die Löhne

Kaderärzte an kantonalen Spitälern bekommen künftig nicht mehr als eine Million Franken

JAN HUDEC

Es geht um das Patientenwohl, die Qualität der Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt um viel Geld. Viele Paragrafen im neuen Zürcher Spitalgesetz sind umstritten, die Parteien haben zahlreiche Minderheitsanträge zum 65-seitigen Gesetzesentwurf von Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (svp.) gestellt. In mehreren Sitzungen widmet sich das Parlament der Vorlage. Diesen Montag ging es unter anderem um einen Lohndeckel für Ärzte und Spitalsabteilungen, in einer Woche sollen die Beratungen dann abgeschlossen werden.

Ein Zeichen gesetzt

Der Zürcher Kantonsrat hat sich für eine Lohnobergrenze von einer Million Franken für Kaderärzte in kantonalen Spitäler entschieden. Dies betrifft insbesondere die Mediziner des Zürcher Universitätsspitals. Die Frage hatte bereits in der vorberatenden Kommission zu intensiven Diskussionen geführt. Die SVP und die FDP lehnten den Lohndeckel ab, während den linken Parteien der Vorschlag des Regierungsrates nicht weit genug ging. SP und EVP wollten, dass die Lohnobergrenze auch allfällige Lehr- und Forschungstätigkeiten an der Universität Zürich umfasst. Die Grünen wollten den Deckel gar bei 750 000 Franken ansetzen. Nora Bussmann (gp., Zürich) sagte, dass aus ihrer Sicht 750 000 Franken ein guter und durchaus vertretbarer Lohn sei. Das seien ja immerhin gut 60 000 Franken pro Monat und zehn Mal so viel, wie eine Pflegefachkraft verdiente.

Die Mitte votierte derweil für einen Lohndeckel in der Höhe von einer Mil-

lion Franken. Lorenz Schmid (Männedorf) räumte zwar ein, dass man damit nicht viel Geld sparen kann, denn nur wenige Ärzte in den kantonalen Spitäler verdienen mehr. Aber man setze ein Zeichen, fördere Werte wie Bescheidenheit oder den Dienst für das Allgemeinwohl. Auch bei der SVP war man zwar der Meinung, dass Lohnexzesse verhindert werden müssten, eine fixe Zahl ins Gesetz zu schreiben, sei dazu aber nicht der richtige Weg, meinte Lorenz Habicher (Zürich). Das sah auch Jörg Kündig (fdp., Gossau) so. Zudem müsse ein Spital für die besten Ärzte auch gute Löhne bezahlen können.

Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli meinte, dass eine Million Franken immer noch ein sehr guter Lohn sei. «Tiefer sollte er nicht sein, wenn das Unispital

Weltspitze bleiben will.» Die Mehrheit des Rates folgte ihr am Ende.

Das Parlament hat den Ärzten in den kantonalen Spitäler nicht nur eine Lohnobergrenze gesetzt, sondern beschränkt neu auch deren Boni. Ein Teil der Erträge aus ärztlichen Zusatzleistungen floss bisher in den kantonalen Spitäler in einen sogenannten Klinikpool. Das Geld aus diesem Pool wurde als Zusatzhonorar an die Kaderärzte verteilt. Der Regierungsrat und die zuständige Kommission beantragten, diese Erträge neu vollumfänglich in die Betriebsrechnung der kantonalen Spitäler und nicht mehr in die Klinikpools fließen zu lassen. Der Regierungsrat und die Kommissionsmehrheit wollten zudem, dass der variable Lohnanteil der Kaderärzte nur noch maximal 30 Pro-

zent ihres Gesamtlohnes betragen darf. Die SP und die Grünen wollten die Boni ganz streichen und stattdessen ein Fixlohnssystem einführen.

Nora Bussmann begründete dies damit, dass variable Löhne Fehlanreize setzen, auch wenn sie nur noch 30 Prozent betragen würden. Einerseits werde damit die Einzelperson ins Zentrum gestellt statt das Team. Andererseits führe dies auch dazu, dass Ärzte mehr Behandlungen durchführen als nötig. Jörg Kündig entgegnete, dass variable Lohnbestandteile wichtige Führungselemente seien. Diese Meinung teilte auch die Mehrheit des Parlaments. Um Fehlanreize zu beheben, sollen die Boni künftig aber nicht mehr nur an der Zahl der durchgeföhrten Behandlungen bemessen werden. So wird im Gesetz

neu festgehalten, dass auch die Qualität des Spitals und der Klinik bonus-relevant sein soll.

Mehr Unterstützung für Spitäler

Der Kantonsrat will Spitäler zudem stärker subventionieren. Gewisse Leistungen von Spitälern, Psychiatriem oder Rehab-Kliniken sind durch die Fallpauschale oder die geltenden Tarife heute nur mangelhaft gedeckt. Der Regierungsrat hat im Spitalgesetz deshalb vorgeschlagen, die Subventionen auszuweiten. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission hatte dies noch abgelehnt. Unterstützt wurde der Regierungsrat im Parlament jedoch von SP, Grünen, GLP und EVP. So sagte SP-Kantonsrat Andreas Dauri (Winterthur), dass es darum gehe, sinnvolle Behandlungen beispielweise in der Altersmedizin zu erhalten. Seien diese für die Spitäler ein Verlustgeschäft, würden sie unter Umständen künftig nicht mehr angeboten oder nur noch für Zusatzversicherte.

Lorenz Habicher (svp., Zürich) räumte zwar ein, dass gewisse Behandlungen nicht ausreichend finanziert würden. «Das Problem sollten wir aber nicht über Subventionen regeln, sondern über die Tarife.» Mit Subventionen, die dann nachträglich vom Parlament im Budget bewilligt werden müssten, fehlten dem Kantonsrat die Steuerungsmöglichkeiten. Gesundheitsdirektorin Rickli wehrte sich: Im Budget werde ja klar ausgewiesen, was subventioniert werde. «Und es ist auch nicht so, dass der Regierungsrat gerne Geld für unnütze Dinge ausgeben will.» Die Mehrheit des Kantonsrates sprach sich schliesslich im Sinne des Regierungsrats für zusätzliche Subventionen aus.

André Zemp wird Spitalratspräsident



nil. · Genehmigt der Kantonsrat die Wahl von neuen Mitgliedern für den Spitalrat, ist das üblicherweise eine reine Formalität. Nicht so am Montagnachmittag. Die Wahl war ohnehin brisant, hatte doch die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit den Spitalrat des Universitätsspitals im Zuge der Affäre um den früheren Leiter der Herzchirurgie, Francesco Maisano, deutlich kritisiert. Spitalratspräsident Martin Waser und zwei weitere Spitalratsmitglieder hatten bereits zuvor ihrem Rücktritt bekanntgegeben. Die Diskussion im Kantonsrat drehte sich aber vor allem um das Geschlecht der drei Kandidaten. Parteien

von links bis rechts störten sich daran, dass der Regierungsrat drei Männer für die frei gewordenen Posten vorgeschlagen hatte.

FDP-Kantonsrätin Bettina Balmer sagte, dass die Freisinnigen zwar gegen Quoten seien. Doch es sei «geradezu absurd», wenn die eigens beauftragte Headhunter-Firma 83 Männer aber nur 12 Frauen direkt angesprochen habe. Claudia Hollenstein von den Grünlibern war ebenfalls «irritiert» vom Wahlfahren. Sie könne nicht glauben, dass keine einzige kompetente Frau habe gefunden werden können. Die Grüne Nora Bussmann wies auf den grossen Frauenanteil in der Belegschaft des Universitätsspitals hin und sprach von einem «No-Go». Lorenz Schmid (Die Mitte)

nahm Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli in die Pflicht. «Frau Regierungsrätin, dieser Altherrenklub kann doch wohl nicht ihr Ernst sein», rief er aus. Eine solche Zusammensetzung sei heute nicht mehr haltbar.

Auf die Abstimmung hatten all diese Argumente jedoch keinen entscheidenden Einfluss. Das Parlament genehmigte die Ersatzwahlen mit grossen Mehrheiten. Damit wird André Zemp (Bild) neuer Präsident des Spitalrats. Der 59-Jährige ist aktuell der Direktor des Stadtspitals Waid und Triemli und seit 1993 als Spezialist in verschiedenen Positionen der Gesundheitsbranche tätig. Neben Zemp wurde die Wahl von Serge Gaillard und Jürgen Holm als neue Mitglieder des Spitalrates bestätigt.